

**Bitte beachten: Sperrfrist bis 11.11.2021 17 Uhr**

**Rede des Stadtkämmerers Harald Kistler zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2022 am 11. November 2021**

*(Es gilt das gesprochene Wort)*

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats,

Wir legen Ihnen heute den Haushaltsplanentwurf 2022 mit der mittelfristigen Finanzplanung bis 2025 vor, der sehr geprägt ist von dem Wunsch, ein Haushaltsjahr unter annähernd Normalbedingungen abzubilden.

Es bleiben trotzdem viele Fragen, die aus heutiger Sicht nur äußerst schwer zu beantworten sind:

- Wie werden wir durch den Corona-Winter kommen?
- Wird die Bevölkerung die Angebote und Einrichtungen der Stadtverwaltung wieder in gewohntem Maße annehmen?
- Wie wirken sich Preissteigerungen und Lieferengpässe auf die heimische Wirtschaft aus?
- Werden wir die benötigten Fachkräfte z.B.: im Erziehungssektor auf dem Arbeitsmarkt bekommen?

Neben all diesen Fragestellungen lastet zudem noch ein immenser Konsolidierungsdruck auf dem Haushalt, der sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird.

Erstmals haben sie dieses Jahr vor der Sommerpause einen **Eckdatenbeschluss** gefasst, der einen wertvollen Rahmen zur Erstellung des Haushaltsplanentwurfes lieferte.

Die einzelnen Punkte des Beschlusses wurden allesamt umgesetzt, hier eine kurze Zusammenfassung:

- Die Hebesätze/Steuersätze der Gewerbe- / Grund- Vergnügungs- und Hundesteuer bleiben gegenüber dem Vorjahr unverändert.
- Es wurden keine Gewinnabführungen der SWLB und der WBL eingeplant.
- Die pauschale Kürzung der Transferaufwände für die Mitglieder der Stadtverbände Sport und Musik wurden aufgehoben.
- Eine Konsolidierungssumme von mehr als 120.000 EUR aus den Bereichen Kultur, Sport und Soziales wurde beibehalten
- Die Zuschüsse für TELB und Blühendes Barock betragen 8 Mio. EUR bzw. 400.000 EUR
- Die investiven Baumaßnahmen liegen innerhalb des Baukostenrahmens von durchschnittlich 35 bis 38 Mio. EUR
- Die Verwaltung leitet einen Konsolidierungsprozess ein mit dem Ziel, einen nachhaltigen jährlichen Konsolidierungsbeitrag von 5 Mio. EUR zu erarbeiten.

Wieder einmal enthält dieser Haushaltsentwurf wenig Überraschungen, sondern setzt konsequent die Themen und Schwerpunkte um, welche uns in den vergangenen Monaten und Jahren intensiv beschäftigt haben. Wir stehen also wie jedes Jahr vor der Herausforderung, die Themen zu sortieren und letztlich auch zu priorisieren, da nicht nur unsere finanziellen Ressourcen in der Krise, sondern auch das Personal in unserer Verwaltung mit der Umsetzung der vielen Maßnahmen an ihre Grenzen kommen.

Bevor ich auf die Zahlen und Fakten des Haushaltsplanentwurfs 2022 eingehe, lassen Sie uns kurz betrachten, unter welchen Rahmenbedingungen wir in das nächste Haushaltsjahr starten.

„Die deutsche Wirtschaft startet erst ab 2022 richtig durch“, sagen die Experten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung voraus.

Wegen der stockenden Produktion in der Industrie mussten die Forscher die Prognose für das laufende Jahr 2021 von 3,2 auf 2,1 Prozent reduzieren. Die globalen Lieferengpässe bei wichtigen Vorleistungsgütern wie z.B. Mikrochips treffen die hiesige Industrie hart. Dadurch ist die heimische Produktion trotz hoher Nachfrage ins Stocken geraten.

Nach Einschätzung des Forschungs- und Beratungsunternehmens Prognos werden nicht alle Branchen in gleichem Maß von dem Aufschwung profitieren. Der Industrie sagen die Experten ein Wachstum der Wirtschaftsleistung von 5,4 Prozent voraus; im Dienstleistungssektor insgesamt erwarten sie ein geringeres Plus von 3,0 Prozent.

So soll dafür der Aufschwung im kommenden Jahr – also 2022 - umso stärker ausfallen. „Wenn sich die Lieferengpässe im kommenden Jahr auflösen, dürfte die Industrie durchstarten“, erwartet das Institut. Gegen Ende 2022 könnte die Wirtschaft dann ihr Vorkrisenniveau wieder erreicht haben.

Der Arbeitsmarkt steht vor einer Normalisierung, wobei die Zahl der Menschen in Kurzarbeit erst im ersten Quartal 2022 wieder auf das Vorkrisenniveau sinken dürfte. Die erst vor wenigen Tagen veröffentlichten Daten zeigen eine Herbstbelebung auf dem Arbeitsmarkt, mit 3,1 % Arbeitslosenquote hat der Landkreis Ludwigsburg einen Spitzenplatz vor den übrigen Kreisen in der Region Stuttgart.

Der aktuelle Wirtschaftslagebericht der IHK Ludwigsburg zeigt deutlich, dass sich die hiesigen Firmen auf Erholungskurs befinden. Rund 87 % der Firmen bezeichnen die momentane Geschäftslage als gleichbleibend oder verbessert, das ist gegenüber dem Frühjahrswert eine Steigerung um 17 Prozentpunkte. Es zeigen sich vor allem bei Industrie und Baugewerbe starke Erholungstendenzen und volle Auftragsbücher, allerdings dämpfen der Fachkräftemangel, Energiesteigerungen und Materialengpässe die Erwartungen.

Die Kommunen wurden und werden durch die wirtschaftlichen Folgewirkungen der COVID-19-Pandemie vor allem auf der Einnahmeseite getroffen. So lagen allein im Jahr 2020 die gemeindlichen Steuereinnahmen rund 10,3 Mrd. EUR unterhalb der Ergebnisse der Steuerschätzung vom November 2019. Ein Großteil der Mindereinnahmen ist auf die Entwicklung der Gewerbesteuer zurückzuführen, die im Jahr 2020 rund 8,4 Mrd. € unterhalb des im November 2019 prognostizierten Wertes lag.

Dass die Kommunen das Jahr 2020 trotz der pandemiebedingten Mehrbelastungen erneut mit einem Finanzierungsüberschuss in Höhe von bundesweit rund 2,7 Mrd. € abschließen konnten, war Großteils auf die Unterstützungsleistungen von Bund und Länder zurückzuführen.

Trotz der einsetzenden wirtschaftlichen Erholung werden die Kommunen durch die wirtschaftlichen Folgewirkungen der Pandemie auch im Jahr 2021 und darüber hinaus weiterhin vor fiskalische Herausforderungen gestellt. So erwartet die Steuerschätzung aus dem Mai 2021 zwar für das Jahr 2021 ein Wachstum der gemeindlichen Steuereinnahmen um rund 4,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, dennoch wird erst für das Jahr 2022 damit gerechnet, dass die gemeindlichen Steuereinnahmen das Vorkrisenniveau aus dem Jahr 2019 erreichen. Wir sind jetzt sehr gespannt, was die derzeit laufende November-Steuerschätzung für Ergebnisse aufzeigt.

Bevor ich auf die einzelnen Zahlen eingehe, erlauben sie mir vorab einige allgemeine Anmerkungen zum Haushaltsplan 2022:

Es gibt im Vergleich zum Haushaltsplan 2021 etliche **organisatorische Änderungen**, welche zu Verschiebungen im Haushaltsplan 2022 führen. Der neue Fachbereich IT und Digitalisierung wird im Dezernat I abgebildet; der Fachbereich Kunst und Kultur dem Dezernat II zugeordnet. Außerdem wurde im Teilhaushalt 01 Dezernate eine neue Stabstelle für die Zensus-Erhebung eingebaut. Weitere anstehende Organisationsänderungen setzen wir je nach Bearbeitungsstand im Änderungsverzeichnis oder als separate Vorlage um.

Corona erschwert uns allen leider die **Lesbarkeit** des diesjährigen Haushaltsplanes. Das IST-Ergebnis 2020 bildet ein Corona-Jahr mit Einbrüchen auf der Ertragsseite und geschlossenen Einrichtungen ab, während der Plan 2022 von einer weitestgehenden Normalisierung ausgeht, d.h. die Vergleichbarkeit ist in vielen Bereichen nicht gegeben.

## Zu den **Erträgen im Ergebnishaushalt:**

Wir haben die **Orientierungsdaten** des Landes zur Entwicklung des Anteils an Einkommen- und Umsatzsteuer und den Schlüsselzuweisungen in vollem Umfang übernommen, was heißt, dass wir steigende Steuereinnahmen auch in den nächsten Jahren prognostizieren.

Die Erträge steigen im Vergleich 2021-2022 um insgesamt 34,3 Mio. EUR, im gesamten Finanzplanungszeitraum bis 2024 um 45,7 Mio. EUR.

### - Entwicklung der Steuererträge

Bei der **Gewerbesteuer** haben wir ja dieses Jahr aufgrund der unabsehbaren Corona-Risiken den Planansatz auf 66,6 Mio. EUR reduziert, wir gehen für 2022 bei einer Erholung der Wirtschaft von 88 Mio. EUR aus, das sind 21,4 Mio. EUR mehr als im laufenden Jahr. Der Planansatz 2022 entspricht auch den aktuellen Vorauszahlungen.

In den kommenden Jahren wird sich dann ab 2023 der nahezu komplette Wegzug der W&W-Gruppe sowie der Technologiewandel der Automobil-Industrie mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Zulieferbetriebe niederschlagen.

Wir führen daher den Gewerbesteuer-Planansatz bis zum Jahr 2025 sukzessive auf 75 Mio. EUR zurück.

Der aktuelle Gewerbesteuer-Hebesatz gilt noch bis Ende 2023, danach ist eine Rückführung auf 385 Hebesatzpunkte gewünscht. Diese Diskussion werden wir nächstes Jahr führen müssen.

Die **Grundsteuer** wird in den nächsten Jahren durch die Erschließung neuer Wohnbauflächen moderat steigen.

Die **Vergnügungs- und die Hundesteuer** belaufen sich zusammen auf rd. 2,4 Mio. EUR.

Der **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** steigert sich nach den Orientierungsdaten des Landes auf rd. 61,8 Mio. EUR, das sind 1,1 Mio. EUR mehr gegenüber dem Vorjahr. Zudem geht das Land ab 2023 von weiteren Steigerungsraten aus, so dass der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer bis 2025 um 12,8 Mio. EUR auf rund 73,4 Mio. EUR ansteigen wird.

Noch nicht eingerechnet sind aber etwaige Auswirkungen der Steuerpolitik einer kommenden Regierung, außerdem sind hier die Ergebnisse der November-Steuerschätzung abzuwarten.

Der **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer** bewegt sich volatil zwischen 11,8 Mio. EUR (in 2022) und 12,5 Mio. EUR (in 2025).

In den **Zuweisungen und Zuwendungen** sind vor allem die Schlüsselzuweisungen des Landes nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) mit rund 47,6 Mio. EUR enthalten. Wie Sie wissen, sind diese Zuweisungen abhängig von der Steuerkraft des zweitvorangegangenen Jahres.

Aufgrund der „Corona“-Ergebnisse 2020 können wir in 2022 insgesamt mit Mehrerträgen von rd. 8,9 Mio. EUR rechnen. Zudem enthält diese Position auch eine Auflösung von Rückstellungen von 5 Mio. EUR, die wir im Rechnungsabschluss 2020 gebildet hatten und die das Ergebnis 2022 verbessert.

In dieser Position ebenfalls enthalten sind die Finanzausgleichs-**Zuweisungen für die Kinderbetreuung**. Diese steigen auf Grund der gestiegenen Betreuungsplätze um rd. 0,5 Mio. auf insgesamt 22,3 Mio. EUR an.

Bei den **Gebühren** haben wir in vielen Bereichen wieder annähernd Normalbetrieb unterstellt und gehen daher von Mehrerträgen von 0,6 Mio. EUR aus.

Im Bereich der **Zinsen und ähnlicher Erträge** haben wir für nächstes Jahr und im Finanzplanungszeitraum entsprechend des Eckdatenbeschlusses keine Gewinnabführungen unserer städtischen Töchter Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim und Wohnungsbau Ludwigsburg eingeplant.

#### - **Gegenüberstellung von Steuern und Umlagen**

Entscheidend ist immer, welche Netto-Steuereinnahmen uns nach Abzug der Umlagen tatsächlich bleiben. In 2022 sind dies jetzt 147,9 Mio. EUR. Vergleicht man diesen Betrag mit dem Ergebnis 2019 von 147,4 Mio. EUR, so haben wir hier mittlerweile das Niveau vor Corona wieder erreicht, aber eben auch keine Steigerung. Gleichzeitig, und dazu komme ich später, entwickelt sich die Ausgabeseite stetig weiter nach oben. Diese ungute Konstellation ist auch bei vielen anderen Kommunen der Hauptgrund dafür, dass ein Haushaltsausgleich in 2022 nicht gelingen kann.

#### **Besonderheiten** in 2022 auf der **Ertragsseite**:

- Wir haben Mehrerträge im Vergleich zu 2021 von insgesamt 34,3 Mio. EUR. Im Finanzplanungszeitraum rechnen wir mit weiteren Steigerungen und damit Mehrerträgen von rd. 45,5 Mio. EUR.
- Wir schlagen sowohl bei der Grundsteuer als auch bei der Gewerbesteuer keine Anpassungen der Hebesätze vor
- Wir haben keinen Gewinnabführungen der städt. Beteiligungsunternehmen eingeplant
- Wir werden im Jahr 2022 die Umstellung auf §2b Umsatzsteuergesetz angehen, was eine Überprüfung einzelner Gebühren und Entgelte notwendig macht. Hier ist eine Grundsatzentscheidung nötig, wie wir mit Tatbeständen umgehen, die künftig für unsere Kunden steuerpflichtig werden. Hierzu kommen wir separat in den Strategie- und Zukunftsbeirat.

Die wichtigsten **Aufwendungen des Ergebnishaushalts** im Überblick:

- Entwicklung der Personal-, Sach-, Transferaufwendungen

Die **Personalaufwendungen** erhöhen sich durch Tarifsteigerungen und neue Stellen um rd. 5,1 Mio. EUR. Hierbei ist ein deutlich geringerer Stellenzuwachs als noch in den Vorjahren zu verzeichnen. Der Fachbereich Personal und Organisation wird die Details im Stellenentwicklungsplan 2022 darstellen.

Der Planansatz für die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** beläuft sich auf insgesamt 56,2 Mio. EUR und damit um rund 2 Mio. EUR mehr als 2021. In diesem Kostenblock stecken bereits sehr viele Konsolidierungsbeiträge der Fachbereiche, aber auch deutlich höhere IT- und Digitalisierungsaufwendungen sowie gestiegene Energiekosten aufgrund neuer Einrichtungen.

Die **Abschreibungen** steigen um 1,7 Mio. EUR. Wesentliche Ursache sind die steigenden Abschreibungen auf Gebäudevermögen auf Grund der in den letzten Jahren getätigten Investitionen in Schulen und Kindertagesstätten. Die Abschlussbilanz 2020 enthielt einen Betrag von 53 Mio. EUR für Anlagen im Bau, also bereits geleistete Zahlungen für Baumaßnahmen, die noch nicht fertiggestellt waren und jetzt sukzessive aktiviert werden und zu weiteren Abschreibungen führen.

Die **Transferaufwendungen** steigen um rund 2,5 Mio. EUR auf nunmehr 144,7 Mio. EUR. Darin enthalten sind die Zuschüsse an die freien Träger für Kindertageseinrichtungen, die sich inzwischen auf 32 Mio. EUR belaufen und damit den diesjährigen Ansatz um über 2 Mio. EUR übersteigen. Die **Kreisumlage** erhöht sich bei gleichbleibendem Umlagesatz aufgrund der höheren Steuerkraftsumme um 0,8 Mio. EUR auf 48,6 Mio. EUR. Die **FAG-Umlage** bleibt mit 40,1 Mio. EUR in etwa auf Vorjahresniveau. Die **Gewerbsteuerumlage** steigt im Jahr 2022 um rd. 1,9 Mio. EUR gegenüber dem niedrigeren Gewerbesteueransatz aus 2021.

### **Die Besonderheiten in 2022 auf der Aufwandsseite:**

- Die Gesamt-Aufwendungen steigen um 12,1 Mio. EUR
- Die Personalaufwendungen steigen um 5,1 Mio. EUR aufgrund von Tarifsteigerungen und neuen Stellen.
- Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen steigen um 2,8 Mio. EUR
- Die Transferaufwendungen (Zuschüsse an die freien Träger für die Kinderbetreuung, FAG- und Kreisumlage) steigen um 2,5 Mio. EUR
- Die Abschreibungen auf unser Anlagevermögen erhöhen sich um 1,7 Mio. EUR

Insgesamt schließt der Ergebnishaushalt mit einem **negativen Ergebnis** von - fast 7 Mio. EUR ab. Auch die Ergebnisse 2023 bis 2025 sind negativ, wobei die Effekte des Finanzausgleiches starke Schwankungen verursachen. Corona ist wie ein Stein, der in einen ruhigen See geworfen wird; es dauert einen längeren Zeitraum, bis sich die Wellen beruhigt haben.

Gleichzeitig haben wir durch den Wegzug des großen Steuerzahlers die Herausforderung, die Ausgabenseite den Einnahmen anzupassen, was einen gewaltigen Kraft- und Willensakt für Gemeinderat, Verwaltung und Bürgerschaft bedeutet.

Das Konsolidierungsziel des Eckdatenbeschlusses von nachhaltig 5 Mio. EUR schlägt sich in den Jahren 2023 – 2025 als Globaler Minderaufwand nieder, der bis zum Jahr 2024 auf 5 Mio. EUR anwächst.

Können wir das negative Ergebnis von 7,0 Mio. EUR buchhalterisch decken? Wir hatten in den Jahren 2014 bis 2019 jedes Mal ein positives Ergebnis, so dass die **Ergebnisrücklagen** Ende 2020 auf über 70 Mio. EUR angewachsen sind.

Dadurch sind wir in der Lage, das Minus-Ergebnis des Jahres 2021 aufzufangen. Allerdings wäre damit planerisch die Ergebnisrücklage des ordentlichen Ergebnisses Großteils aufgebraucht und es verbleiben in der Summe noch rd. 41,3 Mio. EUR.

Wir gehen aber davon aus, dass sich das Echt-Ergebnis 2021 deutlich gegenüber dem Plan verbessert und wir die Negativ-Ergebnisse der kommenden Jahre auffangen können.

Einen **Zahlungsmittelüberschuss** aus laufender Verwaltungstätigkeit, eine wichtige Kenngröße zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit eines Kommunalhaushalts, können wir in 2022 wieder erwirtschaften, allerdings beträgt der **Zahlungsmittelüberschuss** nur 1,7 Mio. EUR. Das bedeutet, dass wir im Jahr 2022 abzüglich der laufenden Tilgung nur noch eine Netto-Investitionsrate von 440 TEUR erwirtschaften.

Ab dem Jahr 2024 können wir voraussichtlich wieder deutlich höhere Zahlungsmittelüberschüsse erwirtschaften, diese können aber nicht komplett zur Finanzierung von Investitionen eingesetzt werden, sondern dienen zu allererst zur Deckung der aufgelaufenen Defizite im laufenden Betrieb.

Auch sind wir durch die Krise weit davon entfernt, unsere **Netto-Abschreibungen** (siehe rote Linie), also unseren Werteverzehr des städtischen Vermögens, zu erwirtschaften.

## Blick auf den Finanzhaushalt

Sorge bereiten uns die steigenden Investitionskosten. Zum einen laufen wir weiterhin dem grundsätzlich erfreulichen Trend steigender Kinderzahlen hinterher, wir müssen – um den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz zu erfüllen – in den kommenden Jahren mehrere Hundert Betreuungsplätze schaffen. Zum anderen starten wir mit dem Bildungszentrum West und dem ZOB einige „Jahrhundertprojekte“, die weit über das Jahr 2025 hinaus finanziert werden müssen. Dem gegenüber steht eine viel zu geringe Eigenfinanzierungsquote aus dem Ergebnishaushalt heraus, was unweigerlich zu weiteren Kreditaufnahmen führt.

Zu den einzelnen Positionen:

### - **Entwicklung im Bereich des Grundstücksverkehrs**

Im **Grundstücksverkehr** planen wir in 2022 mit einem positiven Saldo von rd. 9,3 Mio. EUR. Im Finanzplanungszeitraum gehen wir in der Folge davon aus, dass die Einnahmen aus dem Verkauf von Grundstücken z.B. in den städtebaulichen Entwicklungsgebieten Fuchshof und Gämsenberg oder den Gewerbegebieten jeweils höher sein werden als die Ausgaben für den Grunderwerb, da wir dort auch eigene Bestandsgrundstücke einbringen können. Der positive Saldo aus dem Grundstücksverkehr leistet einen wichtigen finanziellen Beitrag zur Finanzierung der Erschließung und zur Schaffung von Infrastruktur in den neuen Baugebieten. Insgesamt beträgt dieser Saldo in den Jahren 2022-2025 rd. 41,8 Mio. EUR.

Wir müssen unbedingt dafür Sorge tragen, dass die Realisierung auch in diesem Zeitfenster erfolgt, denn sonst ist die Finanzierung etlicher anderer Projekte im Finanzplanungszeitraum nicht gesichert.

Die Auszahlungen des Finanzhaushalts:

### - **Entwicklung der Bauauszahlungen**

An diesem Schaubild erkennen Sie den **Baukostenrahmen** von 35 bis 38 Mio. EUR (rote Linien). Wir liegen im Jahr 2022 über dem Rahmen, was aber seine Ursache in der Entscheidung hat, die Kita Pregelstraße nicht anzumieten, sondern gemeinsam mit der WBL zu bauen.

In den Folgejahren liegen wir jeweils unterhalb des Rahmens, was zu einem durchschnittlichen Bauvolumen von 35,6 Mio. EUR führt, womit wir den Eckdatenbeschluss eingehalten haben.

Wir planen in 2022 mit **Hochbauausgaben** von 19,6 Mio. EUR, für die Außenanlagen werden 1,7 Mio. EUR anfallen. Für die Beschaffung von Erstausrüstung sind 4,5 Mio. EUR vorgesehen, so dass in Summe 25,7 Mio. EUR auf den Hochbau entfallen.

In den Bereichen **Tiefbau, Grünflächen, Friedhof und Mobilität** sind für 2022 insgesamt rd. 16,3 Mio. EUR veranschlagt.



In der Summe planen wir mit **Bauausgaben** von insgesamt 42 Mio. EUR. Hier ist auch wie bereits erwähnt der Bau der Kita Pregelstraße als Bauherrngemeinschaft zusammen mit unserer Tochter Wohnungsbau Ludwigsburg enthalten.

Weitere größere Positionen sind für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen (4,3 Mio. EUR) und für die Förderung von Investitionsmaßnahmen Dritter (4,8 Mio. EUR) vorgesehen.

Wie in den Vorjahren liegt der **Schwerpunkt** der Investitionen bei den Schulen und Kindertagesstätten. In den Jahren 2022-2025 werden wir hierfür weitere 57 Mio. EUR für Schulen und 13,4 Mio. EUR für Kinderbetreuungseinrichtungen (einschl. Investitionsförderung) benötigen.

Im Sportbereich wollen wir weitere 15,7 Mio. EUR investieren.

Für den Straßenbau und städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen sind insgesamt 50,3 Mio. EUR vorgesehen sowie weitere 2,7 Mio. EUR für nachhaltige Mobilität.

Hier nun die **wichtigsten Hochbaumaßnahmen** im Finanzplanungszeitraum mit den (anteiligen) Beträgen:

Einige dieser Maßnahmen (hier in Blau gehalten), insbesondere das Bildungszentrum West, laufen aber noch weit über das Jahr 2025 hinaus und werden die Finanzhaushalte ab 2026 belasten.

- wir planen und beginnen das Bildungszentrum West mit 29,4 Mio. EUR
- Der Bau der Fuchshofschule wird fertig gestellt mit 16,2 Mio. EUR,
- die Medienoffensive in den LB- Schulen finanzieren wir mit 3,7 Mio. EUR
- die Fertigstellung der Friedrich-von-Keller-Schule mit 3,3 Mio. EUR,
- in der Justinus-Kerner-Schule werden 2,4 Mio. EUR investiert
- die Kita Pregelstraße beläuft sich mit Einrichtung auf 5,8 Mio. EUR
- der Zuschuss für die Kita St. Paulus mit 4,0 Mio. EUR
- der Zuschuss für die Kita Auf dem Wasen mit 2,2 Mio. EUR
- die ersten Raten für eine Oststadtsporthalle mit 8,2 Mio. EUR

Für den **Tiefbau-, Grünflächen- und Mobilitätsbereich** stellen wir im Haushalt 2022 und der mittelfristigen Finanzplanung insgesamt 64,1 Mio. EUR bereit. Auch hier die wichtigsten Maßnahmen:

- Die Erschließung des Entwicklungsbereichs Ost mit 12,9 Mio. EUR,
- Der Zentrale Omnibusbahnhof wird mit 12,1 Mio. EUR anfinanziert
- der laufende Radwegbau ist mit 5,8 Mio. EUR enthalten,
- Die Weiterentwicklung der Sportflächen im Sportpark Ost 4,9 Mio. EUR
- Die Erschließung von Waldäcker III mit 2,8 Mio. EUR,
- Fertigstellung der Weststrandstraße mit 2,4 Mio. EUR,

- Die Unterführung Schloßstraße / Stuttgarter Straße mit 2,1 Mio. EUR
- Im Bereich Innenstadt das Umfeld Arsenalplatz mit 1,5 Mio. EUR
- Verschiedene Maßnahmen zur Nachhaltigen Mobilität mit 2,7 Mio. EUR

Zum Thema ÖPNV haben wir auch 2,3 Mio. EUR für die Beteiligung an dem **Zweckverband** zur Planung und zum Bau einer **Stadtbahn** eingestellt.

Mit insgesamt 142,3 Millionen EUR Bauinvestitionen in den nächsten vier Jahren legen wir Ihnen ein äußerst ambitioniertes Investitionsprogramm vor. Und wir müssen uns immer vergegenwärtigen, dass etliche Maßnahmen finanzielle Auswirkungen haben, die weit über das Jahr 2025 hinausreichen. Auch das Bildungszentrum West ist mit "nur" 29,4 Mio. EUR im Planungszeitraum enthalten.

Wir haben bereits im letzten Jahr darauf hingewiesen, dass in der jetzigen Finanzplanung bereits das Investitionsprogramm der zweiten Hälfte der 2020-iger Jahre vorweggenommen wird.

Wir müssen diese und auch die künftig folgenden Maßnahmen weiterhin von Jahr zu Jahr priorisieren, um den Haushalt der Stadt und auch unsere personellen Ressourcen nicht zu überfordern.

#### - Ergebnis des **Finanzhaushaltes**:

Im Saldo des Finanzhaushalts 2022 entsteht einschließlich der Tilgungsleistungen ein **Finanzierungsmittelbedarf** von rd. 24 Mio. EUR. Diesen Betrag können wir nicht aus eigener Liquidität decken und müssen ihn daher komplett über Kreditaufnahmen in Höhe von 24 Mio. EUR decken. Ab dem Jahr 2024 werden voraussichtlich wieder Zahlungsmittelüberschüsse im laufenden Betrieb erwirtschaftet, die aber in erster Linie zur Deckung des Minus-Ergebnisses 2021 herangezogen werden. Mittelfristig sind daher rechnerisch weitere 56,4 Millionen EUR an Krediten erforderlich, um die Investitionen zu sichern.

#### - Entwicklung des **Schuldenstands**

Der Schuldenstand im Kernhaushalt steigt rechnerisch bis Ende 2021 auf 38,7 Mio. EUR. Darin sind auch die in 2021 geplanten und noch nicht realisierten Kreditaufnahmen von 22,5 Mio. EUR enthalten. Stand heute werden wir aber davon nur 6 Mio. EUR für die Grundschule Fuchshof abrufen.

Im Finanzplanungszeitraum müssten wir bei planmäßigem Verlauf in der Summe brutto 80,4 Mio. EUR (netto, also abzüglich Tilgung, 69,1 Mio. EUR) aufnehmen, dadurch würde sich der Schuldenstand im Kernhaushalt auf rd. 107,8 Mio. EUR erhöhen. Das Ziel muss es aber klar sein, diesen Betrag nicht in dieser Höhe zu benötigen.

Viele Baumaßnahmen, die heute finanziert werden müssen, dienen auch noch künftigen Generationen, denken wir nur an das Bildungszentrum West. Zudem haben wir gemeinsam das Dilemma, dass wir an den wesentlichen Investitionsmaßnahmen festhalten wollen.

Kreditaufnahmen basieren aber darauf, dass wir weiterhin die notwendigen Erträge erzielen, um die Kosten für Zins und Tilgung und die Folgekosten der damit finanzierten Investitionen tragen zu können. Kreditaufnahmen sind so lange genehmigungsfähig, solange die „Kreditverpflichtungen mit der **dauernden Leistungsfähigkeit** der Gemeinde in Einklang stehen“, so heißt es in der Gemeindeordnung.

Und genau hier lauert das künftige Problem:

Die Tilgung der Kreditaufnahmen ist nichts anderes als das Abzahlen der jetzigen Investitionen in Raten in den nächsten Jahrzehnten. Dies schränkt natürlich unseren Handlungsspielraum für weitere Investitionen deutlich ein, d.h. der Gestaltungsbereich für Politik und Verwaltung wird drastisch kleiner und manche an sich wünschenswerte Investition wird einer Priorisierung zum Opfer fallen müssen.

### **Fazit:**

Die Nachwirkungen der Corona-Krise, die Verwerfungen beim kommunalen Finanzausgleich und bei den Umlagen sowie das teilweise Wegbrechen der Gewerbesteuer führen dazu, dass im Finanzplanungszeitraum kein ausgeglichener Ergebnishaushalt zu erzielen ist.

Es ist unsere gemeinsame Pflicht und Aufgabe, zusammen spätestens 2026 wieder einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt zu erreichen, wohl wissend, dass dies für uns alle mit weiteren Einschränkungen, Kürzungen, Aufgabenkritik und Personalabbau verbunden ist

Im Finanzhaushalt wollen wir über alle Bereiche hinweg 193,5 Mio. EUR in den nächsten 4 Jahren investieren. Dies erfordert aus heutiger Sicht zusätzliche Kreditaufnahmen von brutto 80,4 Mio. EUR mit zusätzlichen Zins- und Tilgungsbelastungen. Zudem kommt: Betriebswirtschaftlich betrachtet sind die meisten unserer Investitionen in die öffentliche Infrastruktur defizitär. Das heißt: Die Folgekosten sind jeweils deutlich höher als die Folgeerträge. Und: je mehr wir investieren, desto höher werden diese Folgebelastungen aus Personal-, Sachaufwendungen und Abschreibungen.

Trotz dieser steigenden Folgekosten müssen wir es schaffen, künftig den Ergebnishaushalt wieder auszugleichen und Überschüsse zu erzielen. Diese Überschüsse rein durch Ertragsverbesserungen zu erzielen, mag man sich zwar wünschen, aber die bittere Wahrheit ist, dass die Verbesserungen nur durch konsequente Konsolidierung und Aufgabenkritik zu erreichen sind.

Was sind unsere Wachstumsbereiche, unsere Handlungsschwerpunkte, wo engagieren wir uns stärker, wo üben wir eher Zurückhaltung?

Wir brauchen dringend klare Zielvorstellungen und Strategien für die kommenden Jahre. Ein „Weiter so“ in allen Bereichen kann und darf es nicht mehr geben.

Wir haben diesen Strategieprozess mit Ihnen gemeinsam bereits angestoßen, OBM Dr. Knecht hat eine Arbeitsgruppe unter meiner Leitung installiert. Die Ergebnisse werden wir im 1. Halbjahr 2022 mit Ihnen diskutieren. Jetzt liegt es an uns allen, diesen Weg mit aller Konsequenz weiter zu marschieren. Und dazu gehört auch die eine oder andere unbequeme Wahrheit, die wir gegenüber unserer Bevölkerung aussprechen müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den nächsten Wochen werden aus Ihren Reihen wahrscheinlich etliche Anträge kommen.

Jede zusätzliche Ausgabe, die mit diesen Vorschlägen verbunden sein wird, erfordert dann aber eine Kompensation, eine Ausgabenreduzierung an anderer Stelle. Ich bitte Sie daher jetzt schon eindringlich, auch entsprechende Deckungsvorschläge für ihre Anträge zu machen.

Ich bedanke mich bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, stellvertretend bei Herrn Klinger und seiner Haushaltsabteilung, für ihre sehr gute Arbeit und Unterstützung bei der Erstellung des Planentwurfs. Mein Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen in den Fachbereichen, die sehr tatkräftig mitgewirkt haben und natürlich auch dem Oberbürgermeister Dr. Knecht und den beiden Dezernentinnen, die wieder etliche Zusatzschichten eingelegt haben, um Ihnen dieses Planwerk zu erstellen.

Wie in jedem Jahr stehen meine Mitarbeiter/innen und ich für Fragen zum Haushalt auch im Vorfeld der Beratungen gerne zur Verfügung. Rufen sie an oder schreiben sie uns eine Mail, wir freuen uns auf konstruktive Beratungen.